

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bezw. Agenten monatl. RM 1,50 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM 1,40 einchl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfg. Bestellgeb., Einzelaumm. 10 Pfg. Schriftleitz., Druck und Verlag: G.W. Jaiser (Jah. N. Jaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus-, Garten- und Landwirtshaft“

Anzeigenpreise: 1 Spalte Doris-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Nekrolog 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gefellschaffer Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf. No. Stuttgart 5128

Nr. 143

Gegründet 1827

Mittwoch, den 22. Juni 1932

Preisprophet Nr. 29

106. Jahrgang

Vor großen innerpolitischen Entscheidungen

Berlin, 21. Juni. Die angekündigte Besprechung zwischen dem Reichsinnenminister und den Länderministern, die am Mittwoch stattfinden wird, beansprucht gegenwärtig das gesamte innenpolitische Interesse. In der Linkspresse tritt die Behauptung auf, daß das Reichsinnenministerium den Versuch machen werde, die Befugnisse der Länder in bezug auf die Polizeihohheit weitgehend einzuschränken.

Sicher ist nur so viel, daß das Reichsinnenministerium selbstverständlich das Bestreben hat, in den wichtigsten innenpolitischen Fragen eine einheitliche Politik herzustellen.

Dem der jetzige Zustand, daß gewisse Länder noch der Aufhebung des Uniformverbots sofort für ihren Bereich ein neues Verbot dieser Art einführen, ist natürlich politisch vollkommen unannehmbar. In Berliner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß trotz der staatspolitischen Linie, die Reichsinnenminister Frhr. v. Geyl verfolgt, eine weitere Verschärfung des Konflikts durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt. Der Reichsinnenminister hat sich bisher bekanntlich von keiner Seite zu unüberlegten Maßnahmen drängen lassen.

Trotzdem darf man sicher sein, daß das Kabinett die jetzt eingeschlagene Linie der Innenpolitik mit allem Nachdruck weiter verfolgen wird.

Infolgedessen müssen die Länder sich darüber im Klaren sein, daß im Reich ein harter, von der Autorität des Reichspräsidenten gestützter Wille vorhanden ist, um jedes Auseinanderklaffen der deutschen Politik zu verhindern. Die langjährige Form, in der der Reichsinnenminister seines Amtes walte, darf über die sicherlich vorhandene politische Entschlossenheit nicht hinwegtäuschen.

Adolf Hitler ist, wie die „Deutsche Zeitung“ erfährt, am Montag in Berlin eingetroffen und hatte eine Besprechung mit dem Reichsinnenminister Frhr. v. Geyl. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß Hitler den Reichsinnenminister

auf die Vorgänge in Köln und München hingewiesen und ernste Vorhaltungen in der Richtung erhoben habe, daß der Reichsinnenminister die SA. gegen die in Widerspruch zu den ausdrücklichen reichsgesetzlichen Anweisungen der politischen Notverordnung stehenden Übergriffe schützen möge. In der Besprechung zwischen dem Reichsinnenminister Frhr. v. Geyl und Hitler am Montag nahmen auch Göring, Frick und Franz 2 teil. Die nationalsozialistischen Führer brachten gegenüber dem Reichsinnenminister sehr energisch ihre Forderung auf Aufhebung des Uniformverbots auch in Bayern und Baden zur Geltung und verlangten im übrigen durchgreifende Maßnahmen des Reichs gegen die kommunistische Bürgerkriegshetze.

Der Reichsinnenminister hat, wie verlautet, den nationalsozialistischen Führern zugesagt, nach Möglichkeit ihren Wünschen Rechnung zu tragen. Man ist auch in den Kreisen der Reichsregierung der Überzeugung, daß die allgemeinen Uniformverbote in Bayern und Baden über das, was den Ländern im Rahmen ihrer Polizeihohheit zusteht, hinausgehen, und glaubt, in der morgigen Besprechung die Länder auch von dieser Tatsache überzeugen zu können. Es ist beabsichtigt, den betreffenden Ländern eine kurze Frist für die Aufhebung der Uniformverbote zu stellen, damit sie Gelegenheit haben, eventuell nötige Übergangsmassnahmen zu schaffen.

Sollte auf dieser Grundlage ein Einverständnis mit den Ländern nicht erzielt werden können, so hat man die Absicht, die Frage des Uniformtragens allgemein reichsgesetzlich zu regeln, und zwar durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48.

In dieser Notverordnung würde zum Ausdruck kommen, daß allgemeine Uniformverbote nur vom Reich erlassen werden können. Für die Länder wird im einzelnen bestimmt werden, wann und in welchem Umfange sie in einzelnen Fällen selbständig vorgehen können.

Französischer Angriff auf die Reichsbahn

In Lausanne steht zurzeit der Gedanke im Vordergrund, Deutschland eine Abschlagszahlung aufzuerlegen, Frankreichs Ministerpräsident möchte die deutsche Reichsbahn mit einer Hypothek von 4-5 Milliarden Reichsmark belasten, die so bald als möglich durch Ausgabe von Schuldverschreibungen kommerzialisieren werden soll. Die französischen Staatsmänner geben zwar zu, daß Deutschland gegenwärtig absolut zahlungsunfähig ist. Aber sie wollen sich durchaus nicht davon abbringen lassen, daß die Fähigkeit Deutschlands zur Leistung politischer Zahlungen in absehbarer Zeit wieder hergestellt werden könne. Sie stützen sich dabei auf die Schlussfolgerungen neutraler Sachverständiger in den beiden Basler Gutachten. Man ist ein von vielen internationalen Sachverständigen abgegebenes Gutachten notwendigerweise ein politisch beeinflusstes Kompromißergebnis, das im übrigen durch die Entwicklung bereits überholt ist. Die Basler Sachverständigen haben gutgläubig den Franzosen das begierig aufgegriffene Stichwort gegeben, die englischen und französischen Bahnen seien höher belastet als die Deutsche Reichsbahn. Das mag rein rechnerisch gesehen damals gestimmt haben, wobei aber, abgesehen von der ganz verschiedenen Struktur der Bahnsysteme, unberücksichtigt geblieben ist, daß die englischen und französischen Eisenbahnen fast unbegrenzte Möglichkeiten zur Aufnahme billiger Investitionskredite besitzen.

Gerade um über die Krise hinwegzukommen, bedarf es der als baldigen, völligen und unwiderruflichen Tributfreibung. Eine Belastung von 4 bis 5 Milliarden RM. in Gestalt festverzinslicher, ins Ausland zu begebender Schuldverschreibungen kann weder die Deutsche Reichsbahn noch die deutsche Wirtschaft in überschaubarer Zeit aushalten. Einmal sind über die 25 Milliarden RM. stillgehaltener Auslandsforderungen an die deutsche Wirtschaft noch keine eadgültigen Verfügungen getroffen. Das deutsche Außenhandelsvolumen schrumpft angesichts des immer weiter um sich greifenden Schulzollfiebers von Monat zu Monat zusammen. Gerade die Länder, die bisher Tributempfänger gewesen sind, sperren sich gegen die Annahme deutscher Waren. Keinerlei Siderheit besteht, daß die von England so eifrig betriebene Weltwirtschaftskonferenz hier Wandel schaffen wird. Geht die Abwärtsentwicklung der deutschen Außenhandelsziffer wie bisher weiter, so ist der Devisentransfer sehr bald ernstlich gefährdet. Aller Voraussicht nach ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo auch der Zinsendienst für die Dawes- und Younganleihe nicht mehr aufgebracht werden kann. Aber selbst wenn die Welle des Protektionismus abebbt und die deutsche Ausfuhr wieder sprunghaft ansteigt, müßte erst nach Festschreibung der Stillhaltungsschulden deren Zinsen- und Tilgungsdienst bewerkstelligt werden. Daß eine Milliardenanleihe der Reichsbahn, selbst wenn die Hypothek erst nach Jahren verläuft wäre, in Deutschland gezeichnet und der Erlös an die Tributgläubiger transferiert werden könnte, ver möchte auch kein Franzose und Engländer zu glauben. Und wie sollte man eine solche Anleihe im Auslande begeben, selbst bei wieder-

hergestellter Aufnahmefähigkeit der internationalen Anleihemärkte, wenn eine Sicherung des Zinsendienstes von vornherein unmöglich erschiene? Die Aufwerfung solcher Fragen erregt deren ungesunde Verneinung. Deswegen ist das französische, von England nicht völlig abweisend behandelte Ansuchen einer Abschlagszahlung rundweg zu verwerfen.

Vor einem Abrüstungsdiktat

Die Bemühungen Mac Donalds um eine Flottmachung der festgefahrenen Genfer Abrüstungskonferenz sind anders ausgelaufen, als die Welt und wohl auch Mac Donald selber angenommen hatte. Von dem langen Rüstungsfeiertage ist nicht mehr die Rede, überhaupt nicht mehr von einer Gesamtlösung. Ebenso ist die bisherige enge Zusammenarbeit zwischen Italien und England gesprengt. Offenbar ist es Mac Donald darum zu tun gewesen, um jeden Preis mit Frankreich eine Einigung, der auch die Zustimmung Amerikas sicher wäre, herbeizuführen. Dabei schwingt der Gedanke mit, die unbedingten politischen Forderungen, die Frankreich an jede auch nur halbwegs ernsthafte Lösung der Tributfrage knüpft, durch Zugeständnisse in der Abrüstungsfrage abzugeben.

Die englischen Staatsmänner wissen sehr wohl, daß Frankreich unter Berufung auf seine starr festgehaltene Sicherheitslehre jede wirkliche und ehrliche Abrüstung zu hintertreiben entschlossen ist. So möchte England Frankreich jetzt so weit als möglich entgegenkommen und ihm ein Mindestprogramm der Abrüstung schmachtender machen, wobei insbesondere der deutsche, im Versailles Friedensdiktat verbriefte Anspruch auf Rüstungsgleichheit unerfüllt bleiben würde. Die englische Berechnung geht davon aus, daß Frankreich, wenn für lange Zeit nicht an seiner ungeheuerlichen militärischen Uebermacht auf dem europäischen Festlande gerüttelt werde, eher geneigt sein würde für eine vernünftige, der wirtschaftlichen Vernunft entsprechenden, endgültige Lösung der leidigen Tributfrage. Die englische Politik geht also die Linie des geringsten Widerstandes.

Man verkennt in London nicht den engen Zusammenhang der drei großen ungelösten Fragen, die Europa nicht zur Ruhe kommen lassen, der Tribut-, der Schulden- und der Abrüstungsfrage. Aber man sieht heute die praktische Unmöglichkeit einer nahen Gesamtlösung aller dieser Fragen. Man hält es dabei englischerseits für richtiger, sich in der Abrüstungsfrage mit wenigem zu begnügen, um desto mehr in der Tribut- und Schuldenfrage, die beide allerdings nicht voneinander zu trennen sind, in Bälde zu erreichen. Italien, das allerdings ein weit größeres Interesse an der Abrüstung hat als England, wird der Verständigung mit Frankreich zuliebe beiseite geschoben.

Tagespiegel

Die Vorbereitungen des Reichshaushaltsplanes für 1932 haben begonnen.

Die Einnahmen des Reiches im Monat Mai 1932 betragen bei den Besitz- und Verkehrssteuern 340,7 Mill. RM. (1931: 346,7), bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 200,4 Mill. RM. (191,4), im ganzen 541,1 Mill. RM.

Die Gemischte Finanzkommission des Völkerbunds hält eine Sitzung in der Anfrage der österreichischen Sanierungsanleihe ab.

Die französische Regierung wird, wie es heißt, ihre Zustimmung zu dem Sanierungsplan für Oesterreich nicht geben.

Präsident Hoover setzt sich in einem Gespräch mit dem Vorkäufer Gibson in Genf für die Verminderung der gigantischen Rüstungskosten ein.

Sir Layton stellt fest, daß alle Opfer wenig Bedeutung hätten gegen die ungeheuren Vorteile, die eine vollkommene Tributstreichung mit sich bringen würde.

Das amerikanische Staatsdepartement hat der japanischen Regierung Mitteilung von der Urruhe gemacht, die hinsichtlich der Beschlagnahme der Einnahmen der chinesischen Zölle durch die Mandschuren in den Vereinigten Staaten herrscht.

Festgefahren

Die Gegensätze in Lausanne

Lausanne, 21. Juni. Ueberraschend ist am Montag Nachmittag nach einer ganz kurzen Sitzung der sechs einladenden Mächte die für Dienstag vorgesehene Vollendung der Reparationskonferenz in Duzip auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Das deutet auf Krise, wenn auch verneint wird, eine verhältnismäßig harmlose Erklärung dahingehend zu geben, daß die schwierigen Fragen zuerst einmal in einem direkten Gedankenanstausch zwischen den unmittelbar beteiligten Mächten erörtert werden sollen. Es ist auch eine Krise, allerdings eine Krise, die man zuerst einmal hinter sorgfältig vorgeschobenen Schleiers versteckt. Näherne Tatsache ist aber, daß nicht nur die Lausanner Verhandlungen festgefahren sind,

sondern daß auch der Umweg über Genf, d. h. Mac Donalds Versuch, unter Ausschaltung Deutschlands mit dem amerikanischen Vertreter in Genf Fühlung zu nehmen und dann mit Frankreich zusammen ein Programm auszuarbeiten, das Deutschland vorgelegt werden sollte, glatt gescheitert ist.

Die Amerikaner sind im Gegenteil recht ungeduldig geworden, und man kann es ihnen nachfühlen, daß sie an „akademischen Debatten“ kein Interesse mehr nehmen. Jegliche aber dürfte man in amerikanischen Kreisen auch sehr wohl den Pferdeschuh einer solchen Politik erkennen, der darin besteht, auf der einen Seite Deutschland in eine europäische Schuldnerfront gegen Amerika einzubeziehen bzw. in einer solchen festzuhalten, und auf der anderen Seite in der Abrüstungsfrage doch wieder die Vereinigten Staaten gegen Mitteleuropa auszuspielen.

So liegt jetzt der Schwerpunkt der Verhandlungen wieder in Lausanne. Noch am Montag Abend fand eine Drei-Mächte-Besprechung statt, die über zwei Stunden dauerte. Die Unterredungen sind für streng vertraulich erklärt worden, und auch der Presse wurden keine weiteren Mitteilungen gemacht. Bekannt wurde nur, daß man zunächst in Anwesenheit von Herriot und dem französischen Finanzminister verhandelt hat. Diese kehrten jedoch nach einiger Zeit in ihr Hotel zurück, so daß die weiteren Besprechungen allein zwischen den deutschen und englischen Ministern stattfanden. Unmittelbar nach der Sitzung fand eine Sitzung der deutschen Abordnung statt, in der der Reichskanzler und der Reichsaussenminister die übrigen Herren der deutschen Abordnung über die bisherigen Besprechungen unterrichteten.

Ministerpräsident Herriot erklärte Montag Abend der französischen Presse, daß vorläufig eine Uebereinstimmung zwischen der deutschen und französischen Auffassung nicht bestände. Französischerseits fanden jetzt in erster Linie Verhandlungen mit der englischen Regierung statt, da der englische Ministerpräsident teilweise die deutsche Auffassung unterläßt und die französische Regierung die englische von der Richtigkeit der französischen Auffassung überzeugen wolle. Sobald eine Uebereinstimmung zwischen England und Frankreich hergestellt sei, würden die Beratungen von französischer Seite mit der deutschen Regierung beginnen.

Von deutscher Seite wird diese Begründung des französischen Standpunktes auf das nachdrücklichste abgelehnt. Besonders wendet man sich deutscherseits grundfänglich dagegen, die Tributfrage in der gegenwärtig außerordentlich ersten Lage der Weltwirtschaft als eine reine finanzielle Frage zu behandeln, wie dies Herriot in seiner Erklärung vor der französischen Presse getan hat.



Amerikas Drud

Genf, 21. Juni. Von maßgebender amerikanischer Seite wird bestätigt, daß die amerikanische Delegation fest entschlossen ist, die europäischen Mächte vor klaren Entscheidungen in der Abrüstungsfrage zu stellen. Es ist kein Geheimnis, daß die Amerikaner über den schleppenden Gang der Abrüstungskonferenz schon lange enttäuscht sind. Sie befürchten offenbar, daß bei gewissen europäischen Mächten der Wille nicht sehr groß ist, die immensen Rüstungsabgaben wirksam einzuschränken, und sie lassen hier keinen Zweifel, daß man von ihnen ein Entgegenkommen in der ganzen Frage nicht erwarten könne, wenn die Abrüstungskonferenz nicht schon bald zu materiell bedeutsamen Ergebnissen führe.

Durch diese amerikanische Aktivität, die in diesem Augenblick merkwürdige Hintergründe hat, wird aber das Tributproblem mit der Abrüstungsfrage verflochten, was Deutschland Stellung keineswegs erleichtert. Die Amerikaner stoßen auf den stärksten Widerstand der französischen Delegation, weshalb auch heute die Verhandlungen keinen Schritt vorwärts gekommen sind.

Die amerikanischen Hauptdelegierten auf der Abrüstungskonferenz, Vizepräsident Gifford und Norman Davis, hatten heute nachmittags dem englischen Premierminister Macdonald einen anderthalbstündigen Besuch ab, in dem nach der Aussage Giffords lediglich das Abrüstungsproblem besprochen wurde. Dieser Besuch soll eine direkte Folge der gestrigen Zusammenkunft zwischen Herriot und Gifford gewesen sein, und man soll sich bemühen haben, für die nächste Einberufung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz eine Formel zu finden. Gifford soll auch bei dieser Gelegenheit auf den Zusammenhang zwischen der Schuld- und Abrüstungsfrage hingewiesen haben, indem er erklärte, daß Europa, wenn es so viel Geld für seine Rüstungen auszugeben in der Lage sei, auch seine internationalen Verpflichtungen begleichen könne.

Neue Nachrichten

Die Schwelung der Kommunisten

Kommunisten für ein preußisches Landtagspräsidium ohne Nationalsozialisten und Deutschnationale

Berlin, 21. Juni. Wie die „Kote Fahne“ mitteilt, hat das Zentralkomitee der KPD eine Rundgebung zur Frage der Wahl des Landtagspräsidiums im preußischen Landtag herausgegeben, in der gesagt wird, die preußische Landtagsfraktion der KPD sei bereit, für die Wahl eines Präsidiums aus Vertretern der SPD und des Zentrums unter Ausschluß von Nationalsozialisten und Deutschnationalen einzutreten und auf die Aufstellung eigener Kandidaten der KPD bei der Präsidiumswahl zu verzichten. Die KPD stelle dabei der SPD und dem Zentrum die Annahme und Fortführung von zwei antifaschistischen Mindestforderungen als Bedingung. Sie fordern Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit, Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterbewegung in Preußen und Nichtdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der Papenregierung in Preußen.

Ausichtslose Sammlung

Auch das Deutsche Landvolk lehnt ab

Berlin, 21. Juni. Der Parteiführer der Landvolkpartei hat an Geheimrat Bildehagen, über dessen Bemühungen um die Gründung einer Einheitspartei der bürgerlichen Mitte bereits berichtet wurde, folgendes Telegramm gerichtet als Antwort auf eine Aufforderung Bildehagens, sich an einer solchen Gründung zu beteiligen: „Das Deutsche Landvolk ist in klarer Erkenntnis der Notwendigkeit nationaler Sammlung seinerseits entschlossen, einen Verlust nationaler Wählerstimmen bei den bevorstehenden Wahlen unter allen Umständen zu verhüten. Sieht aber in einer Neugründung nach den bisherigen Erfahrungen nicht das geeignete Mittel zur Erreichung dieses Zieles.“

Einkommen über 12000 Mark sollen weggesteuert werden

Berlin, 21. Juni. Der Hauptauschuss des preußischen Landtags hat am Montagabend einen kommunistischen Antrag angenommen, wonach das Staatsministerium erachtet wird, alle Einkommen, soweit sie 12000 Mark im Jahr übersteigen, reiflos wegzusteuern. Die „den Großkapitalisten, den Direktoren, der oberen Bürokratie, den Großfunktionären und anderen überflüssigen Einkommensbesitzern weggesteuerten Einkommenseile“ sollen zur höheren Unterhaltung aller Unterhaltungsempfänger und zur Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Für den Antrag stimmten außer außer den Kommunisten die Sozialdemokraten, dagegen die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Zentrum entschieden sich der Stimme. (Der auf dem Stuttgarter Rathaus von den Nationalsozialisten angenommene Antrag war sachlich genau gleich.)

Wie lange noch Blut-Terror?

Düsseldorf, 21. Juni. In Ertrach bei Düsseldorf wurde in der Nacht zum Dienstag ein Nationalsozialist von Kommunisten erschossen, ein Arbeiter schwer verletzt.

Auf der Josephinenstraße in Gelsenkirchen hatten sich etwa 200 Kommunisten angeammelt. Als ein Angehöriger der NSDAP mit seinem Fahrrad vorüberfuhr, wurden auf ihn mehrere Schüsse abgegeben. Beim Herannahen des Heberfallkommandos haben die Demonstranten nach allen Seiten auseinander. Die Täter konnten im Schutze der Dunkelheit in den benachbarten Anlagen entkommen. Der Nationalsozialist hat einen schweren Oberschenkelbruch erhalten. Die Kriminalpolizei fand am Tatort sechs leere Patronenhülsen.

In den späten Abendstunden des Montag wurde in der Rheingasse in Köln ein Postkutschmeister von einem Trupp Kommunisten überfallen. Der Beamte erhielt einen Messerstoß in den Unterleib und wurde durch Steinwürfe verletzt, so daß er gezwungen war, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen. Von den Tätern konnte niemand ermittelt werden. Auch konnte nicht festgestellt werden, ob einer von den Angreifern durch die Schüsse verwundet wurde.

In den Abendstunden kam es auch in Remscheid zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in deren Verlauf ein 23jähriger Kommunist durch einen Lungenschuß schwer verletzt wurde.

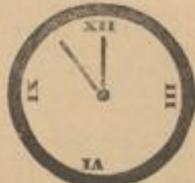
Stiefkind Württemberg

Finanzausschuss des Landtags

Stuttgart, 21. Juni. Der Finanzausschuss des Landtags behandelte heute eine Reihe von Anträgen und Eingaben zur Frage der Arbeitsbeschaffung, über die der Abg. Pfleger (Soz.) berichtete. Die wichtigste Frage ist die der Finanzierung. Wirtschaftsminister Dr. Raier legte in längerem Vorlesungen den Standpunkt des gesamten Staatsministeriums zu diesen wichtigen Fragen dar. Gegenüber Angriffen von komm. Seite wies der Minister auf ein Flugblatt der Kommunisten hin, auf dem ein Mann auf der Straße tot liegend dargestellt wurde, der angeblich als Erwerbsloser verhungert sei. Nachforschungen haben ergeben, daß es sich hierbei um einen an langjähriger Tuberkulose schwerkranken Mann handele, der nach Angabe seiner eigenen Frau in einem Stuttgarter Krankenhaus gestorben ist. Der Minister teilte diese Tatsache zur Charakterisierung der kommunistischen Hehe dem Ausschuss mit.

Er erklärte im übrigen, daß die Hilfe für die durch Wohlfahrtsverbände bedrängten Gemeinden Reichsbeschäftigten sei. Erst in zweiter Linie komme die Hilfe des Landes in Betracht. Interessant waren die Mitteilungen, wie sich die Reichshilfe für Württemberg wieder sehr nachteilig auswirkt. Während früher schon von 230 Mill. RM. Reichsmitteln für Wohlfahrtsverbände auf Württemberg nur 217 000 RM. gekommen sind, wogegen die württembergische Regierung energisch und wiederholt Vorstellungen erhoben hat, ist auch bei den neuerlichen Zuwendungen Württemberg wieder sehr schlecht weggekommen. Von den vom Reich zur Verfügung gestellten 672 Mill. RM. stehen nach Abzug der Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst noch 652 Mill. RM. zur Verfügung. Davon sollen auf Württemberg nur 2,9 Mill. RM. entfallen. Nach dem normalen Verteilungsschlüssel würde auf Württemberg statt 2,9 Mill. RM. etwa 28 Mill. RM. treffen, d. h. etwa das Zehnfache von dem, was wir tatsächlich erhalten sollen. Mit Recht konnte der Minister darauf verweisen, welches großes Interesse an diesen Tatsachen das ganze Land, besonders aber die Steuerzahler bei uns hätten. Jedenfalls kann sich Württemberg mit diesem Betrag nicht zufriedengeben.

Wir stellen hier fest, daß das Kabinett Brüning Württemberg die gleiche flehentlichste Behandlung zuteil werden ließ, ohne daß man darüber soviel Worte verloren hätte. Selbstverständlich müssen wir verlangen, daß größere Summen nach Württemberg hereinkommen.



Es ist höchste Zeit



... jedes weitere Säumen bedeutet Unterbrechung im Bezug... Bestellen Sie deshalb heute noch bei der Post oder unserer Agentur den „Gesellschaftler“ für den Monat Juli 1932!

Württemberg

Stuttgart, 21. Juni.

Staatspräsident a. D. Dr. Hieber — ein Siebziger. Staatspräsident a. D. Dr. Hieber vollendet am 25. Juni sein 70. Lebensjahr. Diese 70 Jahre umspannen eine solche Fülle öffentlicher Arbeit in Land und Reich, daß es gerühmter ist, aus diesem Anlaß der Persönlichkeit zu gedenken, die Träger und Gestalter dieser Arbeit ist. Dr. Hieber kommt aus einem Bauernhaus in Wobhausen im Remstal. Sein geliebtes Gepräge hat er im sog. Tübinger Stift, einer Bildungsanstalt für evangelische Geistliche, bekommen. Den politischen Rahmen für seine öffentliche Tätigkeit bildete die Nationalliberale Partei, die ihn vom Jahr 1898 bis 1910 in den Reichstag schickte. Dem Würt. Landtag gehörte Dr. Hieber vom Jahr 1900 bis 1932 an. Seine Hauptarbeit in politischer Beziehung hat er vor allen Dingen in Württemberg geleistet. Als am Ende des Kriegs sich die Ereignisse überschlugen, vollzog sich in der inneren Grundhaltung Dr. Hiebers eine tiefgehende Veränderung. Er nahm an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei in Württemberg und im Reich hervorragenden Anteil. Am 23. Juli 1920 wurde er zum Staatspräsidenten von Württemberg gewählt, bekleidete aber das Amt nicht, sondern auch in dieser Eigenschaft bei. Am 5. April 1924 trat die Regierung Hieber zurück. Mit Ablauf der Landtagsperiode 1928—32 bekleidete Dr. Hieber endgültig auch keine parlamentarische Arbeit.

Schwerer Straßenbahnunfall. In der Bahnhofstraße kam es am Montagabend kurz nach 10 Uhr zu einem Zusammenstoß von zwei Straßenbahnwagen. Ein Wagen der Linie 15, der die Bahnhofstraße auswärts fuhr, wurde von einem Wagen der Linie 16 von rückwärts angefahren. Zur Zeit des Zusammenstoßes regnete es stark und der Fahrer des nachfolgenden Wagens scheint infolge mangelhafter Sicht den Abstand von dem vorausfahrenden Wagen unterschätzt zu haben. Beide Wagen waren sehr stark beschädigt. Die Passanten der Wagen wurden eingebrückt. Viele Fenster Scheiben gingen in Trümmer. Namentlich durch die Glassplitter gab es viele Schnittverletzungen. Ins Katharinenhospital wurden 8 Verletzte eingeliefert, davon 3 Stuttgarter und 5 Auswärtige. Von diesen konnten 5, die leichtere Schnittverletzungen erlitten hätten, bald wieder entlassen werden. Drei Personen, 2 Männer und 1 Frau, lauter Auswärtige, sind schwerer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Demonstrationen vor dem Schnellgericht. 13 Teilnehmer der Demonstrationen vom Freitag wurden dem Schnell-

gericht vorgeführt. Staatsanwalt und Gericht waren der Auffassung, daß die seit bei früheren Festsetzungen verhängten Strafen nicht ausreichen, um vor Nachahmung abzuwehren. Während die Urteile in den früheren Fällen durchschnittlich ein bis zwei Wochen betragen, wurden die Angeklagten diesmal zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu 6 Wochen verurteilt. Nur in einem Fall wurde lediglich auf eine Woche und bei zwei anderen Angeklagten auf 10 Tage Gefängnis erkannt. Angeklagt war ferner ein Straßenbahnfahrer und ein Arbeiter, die mit dabei waren, als in Heschach ein vereinzelter SA-Mann überfallen und barbarisch zugerichtet wurde. Nach dem Antrag des Staatsanwalts, der auf je 1 1/2 Jahre Gefängnis lautete, wurde der Straßenbahnfahrer zu 1 Jahr und der Arbeiter zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. — In 3 Monaten Gefängnis wurde ein schon erheblich vorbestrafter Scharolner verurteilt, da er bei der Schlägerei im Walleckal mit einem Taschenmesser in der Luft herumgeschleudert hatte, wobei ein Kriminalbeamter einen Stich in die Hand erhielt. Dem Angeklagten wurde zugutegehalten, daß er weniger die Wucht hatte, nämlich zu werden, als in dem allgemeinen Rabau sich selbst zu schütten.

Aus dem Lande

Ehlingen, 21. Juni. Festtage in der alten Reichsstadt. Am 25. und 26. Juni feiert hier der Gustav-Adolf-Berein sein würt. Jahresfest. Gleichzeitig feiert Ehlingen die 400-Jahrfeier seiner Reformation mit Festgottesdiensten, Gemeindefestern, reformationsgeschichtlicher Festschrift und einem Festspiel „Herr Gott, den Führer sende“.

Ludwigshagen, 21. Juni. Buchhändler zu Besuch. Gestern weilten etwa hundert Buchhändler in Ludwigshagen, die an der Jahrestagung der Süddeutschen und Württembergischen Buchhändlervereine in der Stuttgarter Handstammer teilgenommen hatten. Die Tagung in Stuttgart hatte neben den üblichen Jahresberichten und der Behandlung buchhändlerischer Fragen einen interessanten Vortrag von Generaldirektor Kilpper über die gegenwärtige Wirtschaftslage gebracht.

In 3 Zuchthäusern eingeliefert wurden die beiden Weizheimer Raubmörder, die wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes mit Todesfolge, begangen an der Witwe Widis, zu Zuchthausstrafen von je zwölf Jahren verurteilt wurden. Es handelt sich um den 25jährigen, ledigen Arbeiter Richard Schulten aus Düsseldorf und den 23 J. a. ledigen Schreiner Friedrich Hirsberg aus Dornmund.

Lauffen a. N., 21. Juni. Die Heuernte konnte bei bestem Wetter beendet werden. Qualität wie Quantität des gewonnenen Dürrfutters befriedigen vollauf. Der Stand der Weinberge ist sehr günstig. Die Traubendulze hat nunmehr eingelegt. Die Weinberge werden jetzt zum dritten Mal gespritzt, um der Entfischung der Blattkrankheit vorzubeugen. Die Obstausichten sind gering.

Vaihingen a. G., 21. Juni. Oberamts Sparkasse und Gewerbe. Im Auftrag des Ausschusses des Gewerbenvereins sprach eine Kommission des Vereins bei der Oberamts Sparkasse vor, um die Sparkasse zu bitten, bei der Räumung von Krediten und Darlehen mit möglicher Schonung vorzugehen. Es wurde der Kommission erklärt, daß auf sofortige Rückzahlung in allen Fällen verzichtet werde, wo die Kredit- und Darlehen gesichert oder Verpfändungen über ratenweise Rückzahlungen abgeschlossen wurden. Die Sparkasse lege auf eine weitere Zusammenarbeit mit Handel und Gewerbe den größten Wert und sie wolle alles vermeiden, was unnötige Schwierigkeiten bereite. Auf der anderen Seite sei sie gebunden an ihre Sargungen und die Befehle des Verwaltungsrats.

Tübingen, 21. Juni. Tübinger Soldaten auf Siedlungsfahrt in der Neumark. Auf Veranlassung des Wehrkreisamtes V waren vom 13. bis 17. Juni Abordnungen aus den Standorten Erfurt, Kassel und Tübingen unter Führung von Hauptmann Bruns und Hauptmann Rühlung in der Mark Brandenburg, um aus eigener Anschauung ein Bild über die Möglichkeiten der Ansiedlung von auscheidenden Wehrmachtangehörigen auf Bauernstellen zu gewinnen. Der Uebergang in die Landwirtschaft gilt bei über 40 000 Anwärtern für den Wehrdienst als die beste Zukunftssicherung der Soldaten, die ihre zehnjährige Dienstzeit abgeschlossen haben. Die Versorgungsabteilung des Reichswehrministeriums prüft deshalb sehr eingehend schon seit zwei Jahren die Siedlungsmöglichkeiten und die materiellen Bedingungen, die den Soldaten gewährt werden können. Mit verschiedenen großen Siedlungsträgern sind nicht nur Verhandlungen, sondern auch Anschließungsversuche getätigt worden. Als eine der leistungsfähigsten Gesellschaften hat sich hierbei die provinzielle, gemeinnützige Siedlungsgesellschaft für die Mark Brandenburg, die „Landgesellschaft Eigene Scholle“, erwiesen, die ihren Sitz in Frankfurt-Oder hat. Bierzig Siedlungswärter aus den mittel- und süddeutschen Garnisonen des Wehrkreises V waren deshalb zur Eigene Scholle kommandiert, die ihnen auf vier ihrer zur Zeit in der Besiedlung befindlichen Güter gastliche Aufnahme gewährte. In den Siedlungskolonien der Neumark gewannen die Soldaten die besten Eindrücke. Auch die nach den neuen Richtlinien vereinfachte Bauweise als sog. Ausbausiedlung fand durchaus den Beifall der Gäste.

Schweningen a. N., 21. Juni. Typhuslage abgewiesen. Wegen der Typhusepidemie, die im Juli 1930 ausgebrochen ist und 1 Todesopfer forderte, wurde die Stadt Schweningen im Hinblick auf die angeblich schlechten Wasserverhältnisse auf Sauer-Wäfen von Frl. Elsa Haller hier, wohnhaft Rieblisstraße 65, die u. a. feinerzeit ebenfalls an Typhus schwer krank darniederlag, auf Schadenersatz verklagt. Die Zivilkammer des Landgerichts Rottweil hat nun ohne weitere mündliche Verhandlung das Urteil dahingehend gefällt, daß die Klage abgewiesen wird. Die Klägerin hat die Kosten des Rechtsstreits, welche sich auf 2750 Mk. belaufen, zu tragen.

Süßen O/L. Geislingen, 21. Juni. Großfeuer in einer Ziegelei. Heute nachmittags brach im Trockenraum der Ziegelei der Fa. G. Kunze ein Feuer aus, das sich mit großer Geschwindigkeit ausdehnte und auf die angrenzenden Gebäudeteile übergriff. Die Ortsfeuerwehr von Süßen rief die Weckertlinien von Geislingen und Göppingen zu Hilfe. Trotz vereinten Kräfte ist es bis zum Spätmittag noch nicht gelungen, dem Feuer Einhalt zu gebieten. Durch die große Hitze besteht die Gefahr, daß der hohe Fabrikrohrstein einstürzt. Es wurden daher alle nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Ueber die Brandursache steht Genaueres noch nicht fest.

Ravensburg, 21. Juni. Russische Blechkaufleute im Oberland. Wie der Verband oberschwäbischer Blech-

Viehzüchtervereine mitteilt, kaufen die Russen vorwiegend Anfang nächster Woche etwa 30 Farrow und Kalbinnen. Der Verkauf, der möglichst an einem Ort im Verband stattfindet, wird noch bekanntgegeben. Die Landwirte, die Tiere zum Verkauf anbieten, wollen jetzt schon die Abstammungsnachweise anfordern, in welchen eine Mutter- oder Ahnenleistung von etwa 2800 Kilogramm Milch nachgewiesen sein muß. Kalbinnen müssen gedeckt sein, dürfen aber nicht über 28 Wochen tragend sein.

Großfeuer bei Gebr. Bader in Göppingen

Göppingen, 21. Juni. Am Montag abends 8.30 Uhr brach in der Spritzerei der hiesigen Lederwerke von Gebr. Bader durch das Herabfallen einer im Betrieb befindlichen gemauerten elektrischen Glühbirne Feuer aus, das sich mit ungeheurer Schnelligkeit auf das ganze Gebäude ausbreitete. Die Göppinger Feuerwehr, die sofort Großfeuer alarmierte, trotz wenige Minuten später am Brandplatz ein und nahm mit allen verfügbaren Löschgeräten die Bekämpfung auf. Kurze Zeit später waren auch noch die Löschzüge von Klein-Eisingen und Weilingen-St. erschienen, so daß aus mehr als zwanzig Strahlrohren die Wassermassen aus allen verfügbaren Wasserquellen auf das Flammenmeer prasselten. Wegen der drohenden Gefahr des Uebergreifens wurden die Nebengebäude, Büro- und Lagerräume, geräumt und gleichzeitig umfassende Sicherungs- und Absperrungsmaßnahmen getroffen. Gegen zehn Uhr abends war es dann der tatkräftigen Zusammenarbeit der beteiligten Feuerwehren gelungen, das Feuer einzudämmen und eine weitere Ausbreitung zu verhindern. Das gesamte obere Stockwerk ist ausgebrannt, ebenso sind die Innendäume der übrigen Stockwerke, soweit sie nicht vom Feuer erfaßt wurden, durch die Wassermassen unbrauchbar geworden. Zur Zeit des Ausbruchs des Feuers arbeitete in dem Betrieb die letzte Schicht. Der Schaden dürfte sehr hoch sein. Ob durch den Brand mit einer längeren Betriebsunterbrechung zu rechnen ist, sieht noch nicht fest.

Die Tagung der Friseur

Omiind, 21. Juni. Der 30. Verbandstag des Württ. Friseur-Landesverbandes führte im 2. Tag des Landestreffens die Teilnehmer am Vormittag in der städtischen Festhalle zu den geschäftlichen Beratungen zusammen. Die Vöhrer sind um rund 20 Prozent gekürzt worden. In der Bedienungspreisfrage hatte die Geschäftsleitung schwer zu kämpfen noch innen und außen, um die zum Existenzminimum nötigen Preise zu halten. Von den 28 Fachschulen des Landes waren auf der Omiinder Ausstellung 25 vertreten. Aus dem Bericht über den Stand der Altersversicherungsschasse ergab sich, daß die darin gestellten Erwartungen sich nicht erfüllen können (eine Monatsrente von 100 Mark vom 60. Lebensjahr ab). Die Beiträge müßten, wenn nur die Hälfte der Rente zur Auszahlung kommen soll, um das Doppelte erhöht werden. Es wurde deshalb der Antrag aufgegeben, eine Aufhebung der Altersversicherungsschasse zu beantragen und eine Rückzahlung der bisher einbezahlten Beiträge (rund 200 000 RM.). Die Kaffe umfaßt die Gebiete Württemberg, Baden, Hessen-Kassau und Saar.

Ueber die Auswirkungen der 4. Noisverordnung wurde die Aussprache sehr lebhaft. Die Verordnungen des Preiskommissars Gödelers und Präsidenten Kläber in Stuttgart haben einschneidende Wirkungen gehabt. Die Stuttgarter Innung hatte mit dem Preiskommissar einen Streit zu bestehen, da sie nicht davon absehen wollte, bindende Richtlinien für die Innung in der Preisfrage durchzuführen. Es wurde sogar Aufhebung der Innung angedroht. Beschlossen wurde auf Antrag der Stuttgarter Innung, den Vertrag mit dem Gehilfen zu kündigen, um eine Abänderung in der Frage der Freizeit und des Urlaubs (beide sollen verkürzt werden) herbeiführen zu können. Angestrebt wird der große Befähigungsnachweis bei Neuerröffnung von Geschäften, ebenso ein gesetzlicher Ladenschluß von 7 bis 8 Uhr abends am 8. Juni, Samstag je eine Stunde später. Zugestimmt wurde einem Antrag, daß Betriebe, die ohne Gehilfen arbeiten, einen 2. Feiertag einstellen dürfen, wenn der erste drei Jahre Feiertag hinter sich hat. Als Ort der nächstjährigen Landesversammlung wurde Freudenstadt bestimmt.

Aus Stadt und Land

Magdold, den 22. Juni 1932.

Es gibt keine Lage, die man nicht vereiteln könnte durch Fleiß und Tugenden. Goethe.

Die Finanzlage der Stadt

Erklärung zum Voranschlag für den Stadthaushalt 1932.

Die schwere Wirtschaftslage wirkt sich heuer im Haushalt der Stadt in beachtenswertem Umfang aus. Die Einnahmen sind wesentlich zurückgegangen und auch die Sachausgaben mühten wie die freiwilligen Leistungen durchweg um mindestens 20 bis 30 Prozent gekürzt werden. Der vorliegende Voranschlag ist gekennzeichnet durch den weiteren Ausfall an Holzeinnahmen, die gewaltige Steigerung der Fürsorgekosten und die neuen Kosten infolge der Hochwasserkatastrophe am Pfingstmontag. Während in normalen Jahren mit einem Holzgeldeüberschuß von 70 000 Mark gerechnet werden konnte, beträgt solcher heuer kaum 11 000 Mark; während der Fürsorgeetat im Jahre 1931 — 2500 Mark Zuschuß erforderte, sind heuer 33 100 Mark in den Hauptvoranschlag eingestellt; während in den früheren Jahren die Stadt nur vereinzelte Hochwasser hatte, verzeht jetzt fast kein Jahr mehr, das nicht neue Unwetterkatastrophen bringt und die Stadt und ihre Einwohner unerträglich belastet. So ist heuer wieder eine 1. Rate von 10 000 Mark zur Bedienung der letzten Hochwasserschäden vom 16. Mai ds. Js. an Straßen, Wegen, Dahlen usw. vorgesehen.

Wenn 1 Prozent des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerheuer 6300 Mark ergibt, so erfordert der Holzverlust mindestens 9 Prozent, der Fürsorgeaufwand 6 Prozent und der neue Hochwasserschaden annähernd 2 Prozent der Umlage, ganz abgesehen davon, daß auch die allgemeine Verwaltung, das Schulwesen und die Amtspersonalumlage gegenüber dem Frieden erheblich mehr beanspruchen.

Trotz dieser ungemein schwierigen Lage der Stadt ist weder von der Verwaltung noch vom Gemeinderat das schon in den Vorjahren beim Wegfall der Zins- und Tilgungsraten von 11 000 Mark für die Straßensanierungsschuld von 1926 ins Auge gefaßte Ziel einer Senkung der gerade in Magdold auf Dauer untragbaren Gemeindefinanzlage von 22 Prozent gegenüber 7,4 Prozent im Jahre 1914 nicht außer acht gelassen worden. Eine Senkung und wenn auch nur um 1 Prozent, ist umso nötiger, als von Jahr zu Jahr die Zahl derjenigen gerade bei uns unter dem Niedergang der Holzwirtschaft und Industrie besonders schwer leidenden Steuerzahler größer

wird, welche ihre Umlagen trotz guten Willens nicht mehr oder nur mit Zwang bezahlen können. Der Voranschlag ist in allen Positionen aufs äußerste zusammengestrichen worden, denn die Ersparnisse aus den gesetzlichen Kürzungen der Gehälter und Löhne haben die vermehrten Fürsorgekosten fast allein wieder aufgezehrt. Dabei mußte weiter der Rückgang der Ueberweisungen an Reichseinkommens- und Umlagesteuer von 50 000 auf 40 000 Mark, der Biersteuer um 4000 Mark und der Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuer um auf 6000 Mark, ferner des Gewerbesteuerers um mindestens weitere 20 Prozent seit dem Vorjahr, also von 361 000 auf 280 000 Mark und einem Stadtschadensausfall von 15 000 Mark in Rechnung gestellt werden. Also, nicht eine günstige Kassenlage der Stadtpflege, sondern die prekäre Lage der Steuerzahler verlangt eine Umlageermäßigung.

Wir müssen deshalb erwarten, daß die zuständigen staatlichen Stellen die Finanz- und Wirtschaftslage der Stadt infolge der Not der Steuerzahler, dem Zerfall der Holzwirtschaft und die dadurch bedingte erhöhte Arbeitslosigkeit am Plage und vor allem infolge der wiederholten Heimkehrungen durch Hochwasser und Kollapsbedürfnisse, die der Stadt fast alljährlich neu und jetzt unerträgliche Kosten bringen, mehr als bisher durch erhöhte Beiträge und Zuschüsse berücksichtigen.

II. Die vorläufige Berechnung der verfügbaren Restmittel auf 31. März 1932 ergab trotz größter Sparjamkeit im letzten Rechnungsjahr und wiederholter Streichungen aller nicht gezielten vorgeschriebenen oder auf vertraglichen Verpflichtungen beruhenden Ausgaben eine Anzulänglichlichkeit von 1233 Mark, eine Summe, die ja allerdings den Voranschlag für 1932 nicht wesentlich beeinflusst.

Die Abflusssummen des Hauptnotenschlags der Stadtpflege für 1932 sind:

Einnahmen	207 634 Mark	im Vorjahr 1931	241 949 Mark
Ausgaben	369 217 Mark		427 794 Mark
Abmangel	161 583 Mark		185 845 Mark
Das Grund- und Gebäudesteuer			79 000 Mark
Das Gewerbesteuer			261 000 Mark
Das Gewerbesteuer			290 000 Mark

zu. Gesamtkataster gegenüber 700 000 Mark im Vorjahr 630 000 Mark das bei 21 Prozent Umlage einen Steuerertrag von — 152 300 Mark bringt. Der Rest mit 29 283 Mark soll durch den Ausgleichsstock und durch Einsparungen, soweit das noch möglich ist, gedeckt werden.

III. Im Einzelnen ist noch zu sagen:

Die Einnahmen aus dem Gemeindefiskus sind weiterhin rückläufig. Die Miet- und Pachtzinsen wurden gekürzt, ebenso die Preise für Steinbruchmaterialien, deren Absatz zurückgeht. Trotzdem ist ein Ueberfluß von 3000 Mark aus dem Steinbruchbetrieb eingestellt. Der Reinertrag des Stadtwaldes ist bei einer Hauptnutzung von 4000 Felleimer auf 11 000 Mark festgesetzt gegenüber 73 000 Mark im Jahre 1914. Der 19jährige Wirtschaftsplan, der mit seinen ungewöhnlichen Vorschriften vor allem der Nachholung von Kulturmaßnahmen und Begabungen galt und hierzu große außerordentliche Mittel erforderte, läuft heuer ab. Ob und in welcher Weise die Stadt im neuen Wirtschaftsplan Erleichterungen und eine Erhöhung des Ruhenspostens zu erwarten hat, kann noch nicht gesagt werden.

Der gesamte Schuldenstand der Stadt beträgt auf 1. April 1932 410 500 Mark, dem Forderungen aus Kaufpreisen in Höhe von 65 136 Mark und aus ausgeliehenen Bauplatzen in Höhe von 72 747 Mark zusammen 137 883 Mark gegenüberstanden. Der reine Schuldenstand im Jahre 1914 war 320 000 Mark. Für Verjüngung und Tilgung der händ. Schulden sind gegenüber dem Vorjahr von 46 577 Mark eingestellt 33 593 Mark, wovon die Zinsen aus den Kaufpreisen und Baubarlehen mit 8830 Mark abgehen, Rest 24 763 Mark. Rechnet man hierzu nur einen Teil der händ. Mietzinsen, die im Frieden 4000 Mark und heute 17 000 Mark betragen, ab, so ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß der händ. Schuldenstand heute weniger erfordert als im Frieden (1914 — 17 650 Mark).

Bei den Steuereinnahmen ist die Bürgersteuer entsprechend dem Ergebnis 1931 zu 9000 Mark (im Vorjahr 8000 Mark), die Grunderwerbsteuer zu 2000 Mark (Vorjahr 6500 Mark), tarifmäßiger Anfall 2147 Mark), die Wertzuwachssteuer mit 1000 Mark (im Vorjahr 2500 Mark mit tarifm. Anfall 1239 Mark), die Biersteuer 4 Mark pro Felleimer — 9000 Mark (im Vorjahr 13 000 Mark) und der händ. Anteil an der Gebäude- und Grundbesitzsteuer nach 20prozentiger Ermäßigung 5000 Mark (im Vorjahr 6500 Mark) angesetzt.

Unter den Ausgaben ist der Amtsschaden mit 46 000 Mark gegen 1931 — 53 000 Mark und 1914 — 21 500 Mark eingestellt.

Bei der allgemeinen Verwaltung erforderte die Besoldung der Beamten und Angestellten 37 577 Mark gegen 1931 — 47 401 Mark und 1914 — 20 247 Mark, die Pensions- und Versicherungsbeiträge 13 800 Mark, 1931 — 16 200 Mark und 1914 — 2000 Mark, zusammen also, Verwaltung 59 177 Mark gegen 72 661 Mark bzw. 25 617 Mark im Jahre 1914.

Für das Schul- und Bildungswesen ist der reine Aufwand nach Abzug der Schulgelder und Beiträge von 66 365 Mark im Jahr 1931 auf 49 426 Mark zurückgegangen gegen 33 331 Mark im Jahre 1914. Gegenüber dem Vorjahr ist also ein weiterer Rückgang von 17 000 Mark festzustellen, von den Gehaltsaufschlägen, Aufhebung von Stellen und Einsparungen aller Art herrührend. Der händ. Zuschuß auf einen Schüler beträgt bei der evang. Volksschule 63 Mark gegen 89 Mark im Vorjahr, bei der kath. Volksschule 59 Mark gegen 65 Mark, bei der Realchule mit Lateinabteilung 100 Mark gegen 125 Mark — die private Klasse VII trägt sich mit 250 Mark Schulgeld selbst — bei der Gewerbeschule 30 Mark gegen 37 Mark und an der Frauenarbeitschule 29 Mark gegen 41 Mark im Vorjahr.

Die städt. Wasserwerkverfassung soll heuer einen Ueberfluß von 9000 Mark bringen gegen 6000 Mark im Vorjahr. Unter Straßen, Wegen und Dahlen sind die Kanalisationsgebühren mit 1000 Mark neu eingestellt, die zur Deckung der Zins- und Tilgungsraten der Kanalschuld in gleicher Höhe bestimmt sind. Der Unterhaltungsaufwand für Straßen, Wege und Dahlen beträgt 36 050 Mark gegen 33 050 Mark im Vorjahr und 31 345 Mark im Jahr 1914. Die Entlastung gegenüber dem Vorjahr beträgt 17 000 Mark und geht soweit, daß von einer ordnungsmäßigen Unterhaltung kaum noch gesprochen werden kann, geschweige denn von irgend einem Neubaufeldern oder auch nur einer Verbesserung.

IV. Die Finanzlage der Stadt hat sich hiernach in keiner Weise gebessert, vielmehr weiter verschlechtert. Eine Besserung darf keinesfalls aus der Umlageermäßigung von 1 Prozent geschlossen werden, im Gegenteil, die Senkung ist die Folge der schlechten Lage der Steuerzahler. Die Erhaltung des Gleichgewichts im Stadthaushalt erfordert deshalb auch weiterhin unelingschränkte Aufmerksamkeit und unverminderte Sparjamkeit.

Vom Rathaus

Öffentliche Gemeinderatsitzung heute Mittwoch, den 22. Juni 1932, nachm. 5 Uhr

Kenntzeichen für gehörlose Radfahrer. Die gehörlosen oder schwerhörigen Radfahrer sind den Gefahren der Straße in weit höherem Maße ausgesetzt als andere Wegbegleiter. Die gelbe Armbinde mit den drei schwarzen Punkten hat sich für Radfahrer nicht so gut bewährt wie für Fußgänger. Auf Wunsch der Vereine taubstummer Radfahrer hat der Bund deutscher Radfahrer ein dreieckiges Schild geschaffen, das auf gelbem Grund die drei schwarzen Punkte zeigt. Dieses Schild wird am hinteren Rahmen des Fahrrads angebracht und kann von keinem, dem Radfahrer folgenden Fahrzeuglenker übersehen werden. Die Schilder werden vom Bund deutscher Radfahrer in Berlin, Schiffbauerdamm 19, auch an Nichtmitglieder zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Gündingen, 21. Juni. Bürgermeister-Amts-Einsetzung. Am Montag erfolgte die Amtseinführung, des am 6. Juni ds. Js. gewählten Ortsvorstehers, Gemeinderat Rath, Behrstein. Er hat seine Laufbahn in der Fabrik Jelsbäumen begonnen und sich durch Fleiß und Umsicht zu einer Vertrauensstellung heraufgearbeitet. Auch bei der ganzen Belegschaft erfreute er sich allgemeiner Beliebtheit. Die Vereidigung nahm der Landrat Sushard-Horb vor, welcher in eindringlichen Worten die Pflichten eines Ortsvorstehers dem neuen Bürgermeister ans Herz legte. Dieser versprach, nach bestem Willen und Können die Geschäfte der Gemeinde zu vertreten. Harret Zimmerman erwähnte in herzlichen Worten zum Frieden und Einigkeit, mit dem innigen Wunsche, das Verhältnis zwischen Farmer und Bürgermeister möge niemals durch irgendwelche Gründe getrübt werden und gegenseitiges Vertrauen herrschen. Graf v. Uxküll-Dürrenhardt, entbot namens der Gutsherrschaft dem neuen Bürgermeister den Willkommgruß mit dem gleichen Wunsche. Oberl. Duhling sprach für den Ortschulrat, welchem der Gewählte schon längst angehört und brachte zum Ausdruck, in ihm auch weiterhin in der Schulfrage eine Stütze zu finden. Zuletzt sprach der Senior des Gemeinderats Salvester Kiefer noch einige kurze treffliche Worte. Landrat Sushard dankte dem scheidenden Ortsvorsteher Kieß für 20jährige treue und gewissenhafte Amtsführung, sowie auch dem Amtsvorsteher, Gemeinderat Schmidler. Ein gemüthliches Beisammensein im Gasthaus z. Mohren beschloß die Feier, bei welcher auch noch einige benachbarte Ortsvorsteher anwesend waren.

Freudenstadt, 20. Juni. Sonnenwendfeier. Am Samstag abend veranstaltete die Schneeschuhabteilung des Württ. Schwarzwalddereins mit seinen Stuttgarter und Sindelfinger Jungscharen eine Sonnenwendfeier auf dem Aniebis.

Widdob, 21. Juni. Die Glasertagung wurde am Sonntag von Bürgermeister Bühner und Handwerkskammerpräsident Eberhardt herzlich begrüßt. Nachdem Herr Müller die ernste Lage im Glaserhandwerk geschildert und zu reger Mitarbeit in der Organisation aufgefordert hatte, erstattete Syndikus Dr. Barth den Jahresbericht. Den Ausführungen schloß sich eine Aussprache über Berufsgenossenschaftsfragen u. a. m. an. Sehr ausführlich war ein Bericht von Direktor Junginger von der Harmonia, der mit dem Glaserhandwerk aufs engste verbundenen Versicherungsgeellschaft. Es wurde einstimmig beschlossen, mit genannter Versicherung einen Kollektivhaftpflichtvertrag abzuschließen. Ehrenobermeister Karl Maier, Ehlingen, sprach über Richtpreise, Untertostenberechnung und Verkündigungsweisen. Als Ort des nächsten (25.) Schwäbischen Glasertages wurde Stuttgart in Aussicht genommen.

Letzte Nachrichten

Um die Vog-Weltmeisterschaft

New-York, 22. Juni.

Nach erbittertem Kampfe um 15 Stunden vor 80 000 Zuschauern, gewann der Amerikaner Charles mit 2:1 die Weltmeisterschaft gegen Schmeling. Die Zuschauer protestierten gegen das Ergebnis.

Saalschlacht in Andernach.

Andernach, 22. Juni. In einer öffentlichen, von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung, an der über 1000 Personen teilnahmen, kam es gestern abend zu einer regelrechten Saalschlacht. Eine Anzahl Personen wurde schwer verletzt. Ein Versammlungsteilnehmer erhielt einen Stich in den Kopf. Zahlreiche Stühle und Einrichtungsgegenstände, die als Schlagwaffen benutzt wurden, gingen in Trümmer. Die Unruhen dauerten auf der Straße an und konnten erst durch Eingreifen der verstärkten Polizei unterdrückt werden.

Politische Zusammenstöße in Berlin.

Berlin, 22. Juni. Mittenhalten kam es hier heute nacht zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der radikalen Parteien und der Polizei. Im Schwedenschen der Stadt wurde ein 23jähriger Nationalsozialist, anscheinend aus einem kommunikativen Verfehlungen, so schwer angefaßt, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Erneute Unruhen in Kiel.

Kiel, 22. Juni. Zwischen Angehörigen der NSDAP, des Reichsbanners und Kommunisten, die in großen, z. T. uniformierten Einzeltruppen die Straßen durchzogen, kam es überall zu Schlägereien, bei denen mehrere Personen durch Steinwürfe und Messerstiche verletzt wurden. Die Polizei nahm zehn Verhaftungen vor. Auch gegen Mitternacht bildeten sich noch Zusammenkünfte.

Politische Zusammenstöße in Barel.

Barel (Odenburg), 22. Juni. Der Magistrat hatte beschlossen, ab heute abend 18 Uhr aus Anlaß der Regierungsobernahme durch die Nationalsozialisten in Odenburg für 14 Tage auf dem Rathaus die Haltenanzahl zu hängen. Lange vor Beginn der Flaggenhissung hatten sich vor dem Rathaus mehrere hundert Kommunisten und Sozialdemokraten eingefunden. Als gegen 18 Uhr etwa 30 SA-Mitglieder unter Vorantritt eines Trümmers und Pfeifercorps vor dem Rathaus aufmarschierten, wurden

Dem Raucher wurde bereits

im August 1931 die vollendete 31 Pfg.-Zigarette durch CLUB geboten. Seitdem ist CLUB das Vorbild für andere Marken geworden. Vergleichen Sie nun bitte, ob irgend eine dieser Marken das Vorbild erreicht.



He an der Ausstellung behindert und belästigt. Einige SW-Leute wurden mit Flaschen beworfen und erheblich verletzt.

Aus aller Welt

Das Spiel mit der Waffe. Durch unvorsichtiges Umgehen mit einem alten Gewehr erschöß in Cafecorn bei...

Schwere Plutka. Der Landwirt Groß-Schulte in Mari fand heute morgen auf der Bühne seines Hauses seine 14-jährige Tochter Maria tot auf.

Ein deutscher Beamter in Frankreich verhaftet. Der Oberforstmeister von Neustadt a. S., von Bombard, ist vor einigen Tagen in Lothringen, wo er zu Besuch wollte, verhaftet worden.

Wirkelsturm im Elbisch. Der Sondag wurde Montag nachmittag von einem Wirbelsturm heimgesucht. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt und viele Häuser abgedeckt.

Eisenbahnunfälle in Ostau. Auf den Personenzug Kowno-Memel wurde in der Nacht ein Anschlag verübt. Auf litauischem Gebiet hatten Unbekannte ein 2 Meter langes Schienenstück auf den Schienen befestigt, um den Zug zum Entgleisen zu bringen.

Vermöglicher Bettler nimmt in 49 Gemeinden die öffentliche Fürsorge in Anspruch

Kottweil, 21. Juni. Bei einer polizeilichen Razzia in Wittingen wurde ein 57jähriger Wanderbursche aus Spaichingen festgenommen, der in einem mitgeführten Spartassenbuch einen Betrag von über 4000 Mark auf der Sparkasse Spaichingen deponiert hat.

Handel und Verkehr

Berschnitt deutscher und ausländischer Weine

Nach § 2 Abs. 2 Satz 2 des Weingesetzes darf deutscher Wein nicht mit ausländischen Erzeugnissen vermischt werden, es ist jedoch gestattet, deutschem Rotwein bis zu einem Viertel der Gesamtmenge ausländischen Rotwein zuzusetzen.

Berliner Handelskammer, 21. Juni. 15.16 G., 15.20 B. Berliner Borsars, 21. Juni. 4.299 G., 4.217 B.

Einmalige Inlands-Zuckererlöse. Wie wir hören, ist eine neue Freigabe von Inlandszucker zum Verkauf erfolgt, und zwar in Höhe von je 5 Proz. für Raffinerien und Weißzuckerfabriken.

Neue Banklösung in USA. U. S. aus Romail gemeldet wird, hat die New Jersey National Bank Trust Co. mit über 17 Mill. Dollar Depositionen die Zahlungen eingestellt.

Sanierung der Gewerbe- und Landwirtschaftsbank Ellwangen. Nach vorläufiger Bewertung der Forderungen aller noch vorhandenen Fiskalen sind Vorstand und Aufsichtsrat zu einer Gesamtunterstützung von 485 253 RM gelangt.

Konkurse. Ernst Fischer, Inhaber eines Modehauses in Cannstatt, Badstr. 12; Johannes Held, Feldbauern in Bergeshausen; Gustav R andl, Inh. eines (früher unter der Firma Riefhammer u. Handel betriebenen) Steingutgeschäfts in Ludwigshafen; Friedrich G l i m m, Kaufmann in Reutlingen; Gottlob M a i l e, Café und Restaurant in Ulm; Ernst H ä r d i n e r, Leder- und Schuhwarenhandel in Wöhringen a. d. E.; Otto B e d, Textil-Kurwarengeschäft in Ludwigshafen; Greiner u. Pfeiffer, Feinm.-Gefellsch., Buchdruckerei und Verlags-Buchhandlung Stuttgart; Firma G e i c h w i t z e r G a l l e r, off. Handelsgesellschaft, Schuhgeschäft in Göttingen, und deren persönl. haltende Gesellschaft: Anna Schaal geb. G a l l e r, Ehefrau des Emil Schaal, Göttingen, Karl Hermann G a l l e r, Kaufmann in Göttingen, Maria G a l l e r in Göttingen, zur Zeit in Weinsberg.

Zwangsvollstreckung der Stahlfabrik Waldenburg. Vor dem Waldenburger Amtsgericht fand am Montag die Zwangsvollstreckung der Anlagen der Stahlfabrik Waldenburg AG. in Konkurs statt.

Konkursverwalter 12 Mill. Mark vor, während die Hypothekengläubiger nur 3 Mill. RM. für angemessen erachteten. Das Gericht legte den Wert auf Grund der Unterlagen mit 7 Mill. RM. fest.

Stuttgarter Börse, 21. Juni. Die heutige Börse verkehrte in lustloser Haltung bei ziemlich unveränderten Kursen. Am Rentenmarkt waren die Umsätze etwas lebhafter, die Kurse gut gehalten.

Märkte

Stuttgarter Schlachthausmarkt, 21. Juni. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugewiesen: 20 Ochsen, 48 Bullen, 203 Jungbullen, 397 Rinder, 301 Kühe, 1388 Kälber, 1784 Schweine, 1 Schaf, 2 Ziegen.

Table with market prices for various goods like Cattle, Pigs, and Sheep. Columns include item name, quantity, and price.

Dorchester, 21. Juni. Schlachthausmarkt. Auftrieb: 6 Ochsen, 5 Kühe, 57 Kälber, 22 Ferkel, 55 Kälber, 350 Schweine.

Viehpreise. Kottweil; Jungferde 500-650, ältere Ferkel 200 bis 450, 1 Paar schwere Ochsen 650-930, junge Ochsen 400 bis 550, trächtige Kühe 300-450, Wurfschäpe 90-210, trächtige Kälbinnen 340-450, Rinder 90-200.

Schweinepreise. Kottweil; Milchschweine 10-18, Oberfl.-sch. Milchschweine 13-19, -Rießlingen; Milchschweine 15 bis 20, Mutterchweine 70-95, -Kottweil; Milchschweine 14-20, -Tullingen; Milchschweine 13-18, -Weidertal; Käufer 21 bis 37, Milchschweine 9-19 A.

Fruchtpreise. Kottweil; Gerste 9, Hafer 9-9.20, -Drahtsch.; Gerste 12, Hafer 11, -Tullingen; Weizen 13-13.50, Gerste 10 bis 11, Hafer 9-10 A.

Das Wetter

Über Europa liegt ein größeres Tiefdruckgebiet, unter dessen Einfluß für Donnerstag und Freitag mehrfach niederschlags- und wetter zu leichteren Niederschlägen geringes Wetter zu erwarten ist.

Geistobene: Friedrich G a l l e r, 53 J., Klosterreichenbach.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten einschließlich der Beilage Haus, Garten- und Landwirtschaft.

Die Württ. Landesfahrtschule. Ist die berufliche Stelle, bei welcher man wirtschaftlich am billigsten, schnell und sicher das Autofahren erlernen kann.

Für Reise und Ausflug B. Z. - Sonder - Karten! Sie zeigen außer den Straßen für Auto- und Radfahrer auch Wanderwege, Aussichtspunkte, Sehenswürdigkeiten, Kurorte u. v. a. Maßstab meist 1:100 000.

Große Luftfahrt Geldlotterie. Gewinne: 10000, 5000, 4000. Stattort: Marktstr. 6 Postfachkonto 20 25.

Faßweine rot und weiß. Flaschenweine rot und weiß neu aufgenommen: „Bocksbeutel“ Originalabfüllung des Julius-Hospitals Würzburg.

4 Zimmer-Wohnung in sommerlicher Lage zum 1. Oktober event. früher gesucht.

Taschen-Fahrpläne stets vorrätig bei G. W. Zaiser, Nagold.

Bayrische Markenbutter. Schmelzfesten 20% Wägen Stangenkäse empfiehlt Molkerei Ostarr Rosenau, Augsburg.

Friedrich Lutz, Pforzheim, Bleichstraße 21. Treuhänder. Beratung in allen Steuer- u. Wirtschaftssachen für Handwerk u. Gewerbe.

Gelegenheitskauf in Einzeleständen Kredenze und Nachttische zu äußerst herabgesetzten Preisen.

Scheuen Sie sich nicht, einige Mark mehr anzulegen. Für 63 Mk. erhalten Sie schon das gute Edelweiß-Fahrrad Nr. 11 A mit Turpedo und prima Verellung.

Danksgiving. Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme an dem uns betroffenen schweren Verluste unserer lieben Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante Kathrine Lehre Witwe.

Haydn: Die Schöpfung. Klavierauszug 1.80 Texthefte - .27 vorrätig bei G. W. Zaiser, Nagold.